

13 DEZ 1962

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/250

Bonn, den 13. Dezember 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2 Menschliche Probleme in Berlin 71

Von Otto Bach
Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

2 Neuer Anfang? 23

Vor Gesprächen zwischen DGB und Arbeitgeberverbänden

3 Unter den Nullpunkt 51

Zur Einrichtung des Bundesministeriums
für Atomenergie und Forschung

4 - 5 Weltweiten Ruf erworben 64

Ein Bericht, der sich sehen lassen kann
Die Friedrich Ebert-Stiftung und die Entwicklungshilfe

6 Ein deutsches Schicksal 38

Zum 65. Geburtstag von Willy Jesse

***** ZUR BEACHTUNG *****
Der SPD-Pressedienst veröffentlicht unter dem Titel:
"Berlin und Deutschland vom Ausland gesehen"
ab Freitag, dem 14. Dezember 1962 in zwangloser
Reihenfolge Artikel seiner Auslands-Korrespondenten

Chefredakteur Günter Markscheffel

Menschliche Probleme in Berlin

Von Otto Bach

Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

Kürzlich unternahm das Berliner Abgeordnetenhaus eine Fahrt längs der Mauer. Hierbei prägte sich uns allen ein unvergeßliches Bild in die Erinnerung ein, das die menschliche Tragödie der Mauer - die über dem politischen Problem allzuleicht vergessen wird - erschütternd zeigte. Als wir an einer Häuserfront des Ostsektors vorbeigingen, bewegten sich vorsichtig in fast allen Wohnungen die Vorhänge. Verstoßen wurde uns von Frauen und Männern zugewinkt; andere wiederum zeigten warnend auf für uns unsichtbare Vopo-Posten und zuckten resigniert mit den Achseln. Die häßlichen halbverfallenen grauen Hausfassaden, die sehnsüchtigen Blicke, Mauer und Stacheldraht: Es gibt kein ergreifenderes Dokument der menschlichen Probleme in Berlin als dieses Bild.

Gewiß, dieses menschliche Problem ist auch ein politisches. Nach wie vor gilt der Satz: "Die Mauer muß weg!". Aber bis es soweit ist, müssen wir leben. Wir müssen gerade in der Weihnachtszeit allen Möglichkeiten nachgehen, die Mauer wenigstens etwas durchlässig zu machen, um den Menschen diesseits und jenseits des Stacheldrahts gewisse Erleichterungen für gegenseitige Besuche zu schaffen.

Damit erschöpfen sich aber die rein menschlichen Probleme nicht, die charakteristisch sind für den gegenwärtigen Berliner Alltag. Ich darf - ebenfalls im Hinblick auf die bevorstehende Weihnachtszeit - beispielsweise hinweisen auf die starke Überalterung unserer Bevölkerung. Erfahrungsgemäß steht jede Großstadt vor einer solchen Gefahr. Aber durch die Wanderungsbewegung in diese Großstädte wird sie nicht so deutlich sichtbar. Durch die Absperrmaßnahmen ist der ständige Flüchtlingsstrom nach Berlin verhindert worden. Umso wichtiger sind die Bestrebungen, für westdeutsche Arbeitskräfte die Arbeitsaufnahme in Berlin attraktiv zu machen, deren Erfolge erfreulicherweise bereits deutlich sichtbar geworden sind.

Rund 18 Prozent aller Menschen in Berlin stehen gegenwärtig im Alter von 65 Jahren und darüber. Unter ihnen befinden sich 160.000 Alleinstehende. Diese gewaltige Zahl schließt von selbst aus, daß eine solche Betreuung nur durch behördliche Stellen erfolgen kann, die allen diesen älteren Menschen das Gefühl der Geborgenheit vermitteln könnte. Andererseits entbindet uns das nicht von der Verpflichtung, wenigstens das zu tun, was in unserer Kraft steht.

Der Bau von Altersheimen und Altenwohnungen wird mit öffentlichen Mitteln im nächsten Jahr weiterhin kräftig gefördert werden. Über die vorhandenen 183 Heime mit rund 12.000 Insassen hinaus werden im Etat 1963 nicht weniger als 700 Wohneinheiten in Altenwohnheimen finanziert werden. Zusammen mit den Spenden des Hilfswerks Berlin und der deutschen Länder werden öffentliche Mittel bereitgestellt, um rund 9.800 älteren Berlinerinnen und Berlinern eine Erholungsverschickung im Jahre 1963 zu ermöglichen. Der Senat hatte eine Verdoppelung der Landesmittel für diesen Zweck gegenüber dem Vorjahr vorgesehen. Auf Initiative der SPD-Fraktion im Hauptausschuß sind noch weitere 300.000 DM hinzugefügt worden.

Wenn wir von spezifisch Berliner Problemen sprechen, sollte auch die Situation der älteren Angestellten erwähnt werden. Trotz des

allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs in Berlin und trotz der Verknappung von Fachkräften gibt es noch 9.200 überwiegend ältere Angestellte, die bisher nicht wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden konnten. Dies ist eine Folge der Umstellung Berlins von einer Stadt der Dienstleistungen zu einer Stadt der Produktion, die angesichts des Verlustes der Hauptstadtfunktionen notwendig war. Die Fortführung des Notstandsprogramms für Angestellte ist mit einer turnusmäßig für jeweils neun Monate erfolgenden Beschäftigung von 4.000 Angestellten in der Verwaltung weiterhin auch für 1963 gesichert. Aber das menschliche Problem bleibt trotzdem - wenn auch in wesentlich gemilderter Form - bestehen, solange nicht eine restlose Eingliederung in den Wirtschaftsprozess erfolgt ist.

Um das Bild abzurunden, sei noch kurz die Situation der Berliner Großstadtjugend erwähnt. Wenn jetzt im Winter ihre Altersgenossen in anderen Ländern durch tiefverschneite Wälder wandern oder Wintersport in der näheren oder weiteren Umgebung ihrer Heimatstadt betreiben können, sind die Berliner Jugendlichen zum weitaus größten Teil auf die beschränkten Möglichkeiten angewiesen, die die Insel zu bieten vermag. Die Wälder und die vielen Eisflächen der märkischen Seen sind ihnen zum größten Teil verschlossen durch die Betonpfähle, die Stacheldrahtverhaue und Spanischen Reiter einer widernatürlichen Grenzziehung. Auch dieses menschliche Problem unserer Jugend wird erst endgültig gelöst werden können, wenn die Mauer gefallen sein wird.

+ + +
Neuer Anfang ?

sp - Der neugewählte DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg hat den Präsidenten der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Paulsen, aufgefordert, sachliche Gespräche zwischen den beiden Organisationen wieder aufzunehmen und hierbei, unter Offenlegung aller erforderlichen wirtschaftlichen Daten, konkrete sozialpolitische und ökonomische Themen zu erörtern. Rosenberg hat u. a. daran erinnert, daß solche Gespräche nur dann erfolgversprechend sein würden, wenn man in Arbeitgeberbereich endlich aufhöre, in der Öffentlichkeit ständig eine Atmosphäre des Mißtrauens gegen die Gewerkschaften zu verbreiten. Dr. Paulsen beantwortete inzwischen das Ersuchen Rosenbergs positiv. Vielleicht wird es nunmehr in absehbarer Zeit möglich sein, die auf beiden Seiten der Gesprächspartner herrschenden Sorgen über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik sachlich zu erörtern. Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß in den letzten Jahren auf Arbeitgeberseite mehrfach der Eindruck hervorgerufen wurde, die Gewerkschaften seien nicht ein Bestandteil des demokratischen Staates, sondern stünden im Gegensatz zur rechtsstaatlichen Ordnung in der Bundesrepublik. Rosenberg sah sich aus diesem Grunde auf dem letzten DGB-Kongreß in Hannover veranlasst, zu sagen, manche Leute benähmen sich so gegenüber dem DGB, als müßte man sich entschuldigen, Gewerkschafter zu sein. Wenn auch diese Dinge durch ein sachliches Gespräch aus der Welt geschafft werden können, wäre dies für die sicher notwendige Zusammenarbeit aller staatstragenden Kräfte nur förderlich.

+ + +

Anfang unter dem Nullpunkt

sp - In der neuen Kabinettsliste findet sich neben den personellen Veränderungen eine bemerkenswerte sachliche Neuheit: Das vom bisherigen Bundesschatzminister Lenz (FDP) übernommene Atomministerium soll in Erweiterung seines Aufgabenbereiches in ein "Bundesministerium für Atomkernenergie und Forschung" umgewandelt werden.

Damit entspricht die Bundesregierung einer seit langem von den verschiedensten Seiten vorgetragenen Forderung. Nicht nur bei Selbstverwaltungsorganen der Deutschen Wissenschaft, wie z.B. der "Deutschen Forschungsgemeinschaft" und interessierten Kreisen der Praxis, wie noch vor wenigen Tagen vom Gemeinschaftsausschuss der Technik, sondern auch auf der Seite der politischen Parteien war die Notwendigkeit einer zentralen Instanz zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung seit langem betont worden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat sich zuletzt am 12. November 1962 bei einer gemeinsamen Beratung ihrer Kulturpolitiker aus Bund und Ländern in München für ein solches Ministerium ausgesprochen.

Wir wollen nicht darüber rechten, welche Motive dafür ausschlaggebend waren, daß dem Koalitionshandel schliesslich ein "Forschungsminister" entsprang. Minister Lenz wird den Nachweis dafür zu erbringen haben, daß hier nicht wieder etwas getan wurde, um nichts zu tun.

Dies ist zugegebenermaßen keine leichte Aufgabe. Die Art und Weise, in der bisher in der Bundesrepublik Forschungspolitik betrieben wurde, hat eine höchst unfruchtbare Dauerauseinandersetzung um Kompetenzfragen so weit institutionell verfestigt, daß ein neuer Beginn ein gutes Stück unter dem Nullpunkt angesetzt werden muss.

Dabei werden sich viele der an die neue Instanz geknüpften Erwartungen von der Sache her als Illusion erweisen. Aber selbst die Durchsetzung des verfassungsrechtlich und politisch Möglichen wird dem neuen Forschungsminister ein Höchstmaß an Einfühlungsvermögen, Verhandlungsgeschick und Zähigkeit abverlangen.

Dies gilt zunächst für die Koordinierung der innerhalb der Bundesregierung selbst von den verschiedensten Ressorts betriebene Forschungsförderung, bei der es ihm gelingen sollte, die der Sache abträgliche Rivalität seines Vorgängers Balke mit dem neu-alten Bundesinnenminister Höchrl in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Interministeriellen Ausschusses für Wissenschaft und Forschung zu beenden.

Dies gilt auch für die Auseinandersetzung um die für Forschungszwecke ausgebrachten Ansätze des Bundeshaushaltes. In diesem Zusammenhang muß nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die für 1963 vorgesehenen Mittel für Hochschulen und Wissenschaft den Verpflichtungen keineswegs entsprechen, die der Bund in den Verhandlungen um das Kulturabkommen mit den Ländern auf sich genommen hat. Bundesminister Lenz wird hier für Abhilfe sorgen müssen, wenn er die für seine neue Aufgabe so notwendige Zusammenarbeit mit den Ländern nicht von vornherein belastet sehen will. Er wird es als seiner Hauptaufgaben ansehen müssen, der bisher geübten, allzu kurzsichtigen Praxis entgegenzutreten, Haushaltskürzungen zuerst an den Ansätzen für Wissenschaft und Forschung als der Stelle des geringsten Widerstandes vorzunehmen. Es wäre auch zu wünschen, daß das neue Ministerium sich nicht einseitig der Förderung technischer Disziplinen widmet und die kultur- und sozialwissenschaftlichen Forschungsvorhaben nicht vernachlässigt.

Ein Bericht, der sich sehen lassen kann

Die Friedrich Ebert-Stiftung und die Entwicklungshilfe

sp - Zahlreiche Gäste aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung des In- und Auslandes nehmen an der diesjährigen, in München stattfindenden Sitzung des Kuratoriums für die Friedrich Ebert-Stiftung teil, ein Beweis für die Anerkennung und Wertschätzung, die sich diese, den Namen des ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik tragende Stiftung seit ihrer Gründung erworben hat. Weltberühmte amerikanische Stiftungen stehen ihr in enger Zusammenarbeit; die UNESCO verfolgt ihre auf weite Gebiete sich erstreckende Aktivität mit besonderer Aufmerksamkeit, und in vielen Entwicklungsländern gibt es schon Führungskräfte, die durch die Kurse der Volkshochschule Bergneustadt gegangen sind. Im Sommer dieses Jahres hatte der Geschäftsführende Vorsitzende Alfred Nau mit dem Geschäftsführer der Stiftung, Dr. Grünwald, Nord- und Südamerika besucht, um persönlich einen Eindruck von den dortigen Bildungseinrichtungen zu bekommen. In der Rangordnung der Entwicklungshilfe nimmt Südamerika einen bedeutenden Platz ein. Der vielbeschäftigte amerikanische Außenminister Dean Rusk ließ sich persönlich von Alfred Nau über die Tätigkeit der Stiftung, ihre Erfolge und ihre Zielsetzungen unterrichten.

Schwerpunkte

Im Jahre 1962 hat die Friedrich Ebert-Stiftung ihre nun seit einer Reihe von Jahren laufenden Ausbildungsprojekte weitergeführt. Der Schwerpunkt der praktischen Ausbildungsmaßnahmen für Entwicklungsländer liegt weiterhin auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung, der Gewerkschaften und Gewerkschafter und der öffentlichen Verwaltung. Im Jahre 1962 wurden allein vier Ausbildungsprogramme für afrikanische Gewerkschafter durchgeführt. Die Teilnehmer dieser Programme werden in der Bundesrepublik praktisch und theoretisch ausgebildet, um in ihren Heimatländern in den jeweiligen Bereichen Führungspositionen übernehmen zu können.

Erstmalig im Jahre 1962 hat die Stiftung regionale Nachkontaktseminare in Afrika durchgeführt, und zwar in Rabat und in Lagos. Diese Nachkontaktseminare sollen gewährleisten, daß auch nach der Rückkehr in die Heimatländer eine weitere intensive Zusammenarbeit mit der

Friedrich Ebert-Stiftung gewährleistet ist. In diesem Zusammenhang sind auch die engen Beziehungen zu Israel, mit dem ein Austauschprogramm besteht, zu erwähnen.

Vielseitige Aktivität

Im Hinblick auf die praktischen Entwicklungshilfemaßnahmen hat die Forschungsstelle der Friedrich Ebert-Stiftung ihre Arbeiten weitergeführt. Zu erwähnen ist hier zunächst die zweibändige Bibliographie zur Literatur der Entwicklungsländer, die zu Beginn dieses Jahres erschienen ist und sich mittlerweile zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel bei der Arbeit erwiesen hat. Eine Forschungsgruppe der Friedrich Ebert-Stiftung unter Beteiligung von Staatssekretär Dr. Traeschar hat eine Studie über das ägyptische Genossenschaftswesen erstellt. Während ihres Aufenthalts in Ägypten hat diese Arbeitsgruppe auch Beratungsaufgaben beim Aufbau des ägyptischen Genossenschaftswesens übernommen. Im Jahre 1963 sollen diese Aufgaben in anderen afrikanischen Staaten weitergeführt werden. In vierteljährlicher Folge erscheinen weiterhin die Berichte "Der Ostblock und die Entwicklungsländer", die eine bedeutende Informationsquelle sind. Zu diesem Fragenkomplex stehen umfangreiche Arbeiten vor dem Abschluss. Weitere Arbeitsthemen sind: "Die Bedeutung der Massenmedien in den Entwicklungsländern" und Fragen der Erwachsenenbildung. Im Jahre 1963 wird eine größere Arbeit über die Erwachsenenbildung in Afrika und Asien abgeschlossen werden.

Die Stiftung hat 1962 Mitarbeiter für praktische Entwicklungsmaßnahmen nach Afrika entsandt, die sich unter anderem am Aufbau der Forschungsabteilung des African Labour College des IBFG in Kampala/Uganda beteiligten. Starke Impulse gingen von den Fachtagungen aus, insbesondere auf dem Gebiet der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Die Zahl der Stipendiate, die an deutschen Universitäten studieren, ist angestiegen. Auf die Förderung von Stipendiaten aus den Entwicklungsländern wird besonderer Wert gelegt.

Altbundespräsident Professor Heuß und sein Nachfolger, Dr. Lübke, haben bei verschiedenen Anlässen die Arbeit und die Bedeutung der Friedrich Ebert-Stiftung gewürdigt, wohl die schönste Aufforderung an die Gründer der Stiftung, im Sinne Friedrich Eberts das Werk weiterzuführen. Es trägt den deutschen Namen in weite Teile der Erde.

Ein deutsches Schicksal

Zum 65. Geburtstag von Willy Jesse

F.Z. - Am 14. Dezember wird der Referent für Gewerkschaftsfragen beim Parteivorstand der SFD, Willy Jesse, 65 Jahre alt.

Vor 50 Jahren begann er, der aus einer Rostocker sozialdemokratischen Arbeiterfamilie stammte, seinen politischen Schicksalsweg in der Sozialistischen Arbeiterjugend. Bereits 1920 im Kapp-Putsch aktiv an der Niederschlagung reaktionärer Kräfte beteiligt, wurde er 1933 als Bezirkssekretär im Bezirk Mecklenburg-Lübeck von den Nationalsozialisten verhaftet.

Nach seiner Entlassung unterhielt er während seiner illegalen Arbeit enge Kontakte zum Auslands-Parteivorstand und führenden Sozialdemokraten wie Friedrich Stampfer, Erich Ollenhauer, Paul Löbe und Julius Leber. Dem Parteivorsitzenden Otto Wels sowie Hans Vogel und deren Ehefrauen versteckter auf ihrer Flucht vor der Gestapo nach Dänemark mehrere Wochen in einem kleinen mecklenburgischen Fischerdorf. Nach den Ereignissen des 20. Juli 1944 mußte Willy Jesse selbst nach seiner wegen Zugehörigkeit zum Widerstandskreis um Leuschner, Leber und Bahrendorf erfolgten Verhaftung nach Schweden emigrieren.

Aber auch nach seiner 1945 erfolgten Rückkehr in die mecklenburgische Heimat konnte Willy Jesse sein ihm übertragene Aufgabe als SFD-Landessekretär für Mecklenburg-Pommern nicht lange unangefochten ausüben. Die von den Sowjets betriebene Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD findet in ihm einen entscheidenden Widersacher. Unter der Anschuldigung, Gegner der Zwangsvereinigung und Verbindungsmann zur westdeutschen Sozialdemokratie zu sein, wird er 1946 verhaftet und vier Jahre lang durch die NKWD-Keller der Zone und russische Zuchthäuser, darunter ein Jahr und sieben Monate in Einzelhaft, geschleppt. Anschließend erfolgt, ohne von einem sowjetischen Tribunal verurteilt zu sein, seine Deportation nach Sibirien. Nach vierjährigem Aufenthalt in Schweige- und Arbeitslagern wird er 1954 schwerkrank nach Deutschland entlassen.

Seine ungebrochene Bereitschaft zum politischen Engagement, die ihm ein hartes Schicksal widerfahren ließ, veranlaßt 1955 den gelernten Metallarbeiter, die ihm vom Parteivorstand angebotene Tätigkeit eines Referenten für Gewerkschaftsfragen zu übernehmen.

Neben seinen zahlreichen politischen Freunden aus der alten mecklenburgischen Heimat haben seitdem viele Gewerkschafter und sozialdemokratische Arbeitnehmer diesen aufrechten und unbestechlichen Kämpfer für Freiheit und Recht als guten Freund und Berater schätzen gelernt.

+ + +